



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

höhnisches Lächeln der feudalen Herren hervor. Es ist übrigens nicht lediglich die Abneigung gegen das Prinzip der Selbsthilfe, was diese Classe von Gesetzgebern zu Gegnern des Genossenschaftswesens macht, sondern es wirken auch wohl Motive materieller Art mit ein. Die Vorschußvereine haben in der That einen großen Theil der kleinen Capitalien an sich gezogen, welche bis dahin den in den meisten mecklenburgischen Städten bestehenden Sparcassen älteren Systems und aus diesen wieder den Gutsbesitzern auf ihre Hypotheken zuströmten. Dadurch werden die Sparcassen genöthigt, ihr Geld successive aus den ritterschaftlichen Hypotheken herauszuziehen und dies wird in um so größerem Maße geschehen, als die Sparcassen unter der Einwirkung der Vorschußvereine einen Rückgang in ihrem Geschäfte erfahren. Es gefällt nun natürlich den Rittergutsbesitzern nicht, daß die angenehme Quelle für billige Capitalien, deren sie sich bisher zu erfreuen hatten, mehr und mehr verstopft und sie zürnen daher den Instituten, welche sie mit Recht für die eigentlichen Urheber dieser Abminderung des ihnen bisher zur Verfügung gestandenen Capitals ansehen. — Der Landtag verstand sich schließlich zu der von der Regierung proponirten Auskunft, denjenigen Vorschußvereinen, welche die landesherrliche Bestätigung nachsuchen und erlangen würden, die Befreiung von der Zinsensteuer zu bewilligen. Da aber die landesherrliche Bestätigung, nach bisherigen analogen Erfahrungen, nur unter dem Vorbehalt der Zustimmung zu jeder Veränderung im Statut ertheilt zu werden pflegt und auch außerdem mancherlei bureaukratische Plackereien, vielleicht auch Kosten im Gefolge haben würde, so werden wahrscheinlich nur wenige Vereine sich dazu verstehen, um den Preis einer Ersparung der Zinsensteuer ihre Freiheit zu verkaufen.

Aus Schwaben.

25. Januar.

Wenig beneidenswerth ist die Lage der süddeutschen Staaten. Nicht ohne unsere Schuld hat die deutsche Staatsbildung vorläufig am Main Halt gemacht. Es ist demüthigend zu wissen, daß wir nur durch Verträge, nicht durch eine Verfassung mit dem deutschen Staat zusammenhängen. Wir sind nicht für voll gerechnet; nicht Bürger sind wir, sondern Schutzverwandte des Reichs. Auf dieser Seite gebunden, auf jener frei, besitzen unsere Höfe immer noch die Möglichkeit politischer Experimente, immer noch sind sie mögliche Stätten fremder Intriguen, von welchen aus das Werk der Einigung nicht auf die Dauer verhindert, doch verzögert und zeitweise durchkreuzt werden kann.

Und doch hat auch diese Stellung der Südstaaten wieder ihre ehrenvolle Seite. Es ist wahr, wir sollen eintreten in ein Haus, an dem wir nicht mitgebaut, wir sollen nachkommen, wohin uns die Anderen vorausgegangen sind. Allein das Kommen ist in die Freiheit unseres Entschlusses gelegt. Von uns erwartet man, daß wir dem Ganzen uns anschließen mit gereifter Erkenntniß, mit eigener Ueberwindung des Sonderwillens; Tugenden, die den anderen doch wesentlich erleichtert worden sind durch den mehr oder weniger sanften Zwang der Ereignisse. Auch in anderen Provinzen, wenn man das Reifen der nationalen Gesinnung hätte abwarten wollen, hätten sich ähnliche Kämpfe entwickeln müssen, wie sie jetzt uns vorbehalten sind. Die anderen hatten keine Wahl, uns bleibt die Wahl und die Qual. Und wenn in diesen Wochen der Blick der Deutschen mit Spannung auf dieser südwestlichen Ecke des Vaterlandes ruht, so geschieht dies weniger wegen der unmittelbar politischen Wichtigkeit dessen, was hier vorgeht, als vielmehr deswegen, weil der Süden jetzt das anziehende Schauspiel bietet, wie, ohne durch äußeren Zwang gefördert und beschleunigt zu werden, je nach der Kraft des inneren Triebes enges und altgewöhntes Provinzialleben sich ausschließt zum Nationalleben. Dieser Prozeß ist überall im Gang, er ist nördlich vom Main nahezu unterschieden: seine naturgemäße freie Entwicklung wird allein von uns verlangt. Wie wir die Probe bestehen, das haben wir zunächst an den Zollparlamentswahlen zu zeigen.

Diese Wahlen sind im Grund die erste Gelegenheit für unsere Provinz, sich mit dem nationalen Leben in Berührung zu setzen, die erste offizielle Anfrage an ihre deutsche Gesinnung. 1848 war eine Episode, ein Rausch, und hat die üblichen Folgen eines Rausches gehabt. Seither hatte sich Schwaben um so hartnäckiger auf sich selbst zurückgezogen, mißtrauisch und zurückhaltend war es den nationalen Bestrebungen gefolgt, am liebsten hatte es den kritischen Zuschauer gespielt und inzwischen Thüren und Fenster sorgfältig verstopft. Jetzt hat der brausende Frühlingssturm Thüren und Fenster aufgerissen, in den Wänden beginnt es ungemüthlich zu werden, und während die einen mit begreiflichem Behagen die neue frische Luft einathmen, stehen die anderen zögernd an der Schwelle und werfen wehmüthige Blicke auf das bisher so heimliche Plätzchen am Ofen, indes die dritten trotzig im Winkel kauern, entschlossen, die Löcher nochmals gegen den Frühlingswind zu verstopfen.

Was die Parlamentswahlen für unser Land bedeuten, hat die Volkspartei mit richtigem Instinkt begriffen. Daher ihr verzweifelter Entschluß, sie zu ignoriren. Sie hat allen Grund, für sich wenigstens jede Berührung mit dem neuen Geist zu scheuen. Es kommen noch andere Gründe hinzu: sie ist sich ihrer numerischen Schwäche, der Schwierigkeit, eigene Candidaten

aufzustellen, bewußt. Aber die Hauptsache ist doch die, daß sie es vermeiden muß, Leute ihrer Partei auf einen Boden zu stellen, auf dem sie nur als Deutsche, nicht als Schwaben in der schwarzwalden Livree erscheinen können, auf welchem die Grenzen der Provinzen verwischt sind und Alle nur das Mandat als Vertreter der Nation besitzen. Nicht ohne Grund mögen sie besorgen, daß ihre eigenen Getreuen sich dem Eindruck des großen Neubaus im Norden nicht würden entziehen können. Anders nimmt sich die Weltgeschichte aus am Nesenbach, anders in der Hauptstadt des norddeutschen Bundes, und mancher, der dort als ein gewaltiger Held gilt, würde sich hier auf seine natürliche Größe reducirt sehen. Manchem kämen vielleicht sogar störende Erinnerungen an einstige Ideale. Nichts wäre für die Partei zu gewinnen, alles zu verlieren: kurz, das bequemste und sicherste ist, auf alle Fälle sich in Krähwinkel zu halten und inzwischen die Mühle mit den großen Phrasen vom Cäsarismus, Corporalismus und Militarismus munter weiter klappern zu lassen.

In welcher Weise die nächsten Schritte zur Einheit erfolgen werden, das mag man der Zukunft überlassen. Das aber fühlt jeder, die Feinde fühlen es so gut wie die Ungebuldigen, daß eine neue Epoche beginnt in dem Moment, in welchem zum erstenmal auf Grund einer Verfassung Abgeordnete aus ganz Deutschland zusammentreten. Das moralische Gewicht dieser Versammlung wird ungleich bedeutender sein, als ihr aus der vertragsmäßigen Kompetenz erwächst. Die preußische Regierung selbst scheint auf dieses moralische Gewicht größeren Werth zu legen, als auf die Ausnahme weiterer Glieder in den norddeutschen Bund. Nur mit Räckeln kann man sehen, wie die württembergische und bayerische Regierung ängstlich bemüht sind, jedem Uebergreifen des Parlaments über die Zölle, über Salz und Tabak, im voraus ein Veto zuzurufen. Sie strengen sich an, gegen Windmühlen zu kämpfen. Ihre Angst selbst verräth sie. Niemand denkt an illegale Erschleichung der Einheit, oder an gewaltsame, unüberlegte Beschlüsse, gegen die sich jene Regierungen verwahren. Derlei fürchten sie auch in Wirklichkeit gar nicht; was sie fürchten, ist die unwiderstehliche Kraft, welche die Einheitsbewegung aus der bloßen Thatsache des Parlaments schöpfen muß, und diese fürchten sie mit Recht.

In immer weiteren Kreisen beginnt die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen verstanden zu werden. Bezeichnend ist die Haltung, welche die conservative Partei dabei eingenommen hat. Es besteht hier in Stuttgart neben der Volkspartei und der deutschen Partei eine sogenannte liberale Partei, welche in Wahrheit die conservative, nämlich die Partei der Regierung ist, übrigens nur in der Hauptstadt selbst eine Organisation besitzt und insbesondere bei den städtischen Wahlen eine Rolle zu spielen pflegt. Sie hat getreulich die Wandlungen des Ministeriums Varnbüler mitgemacht, hat im vorigen Jahr mit ihm zum Krieg getrieben, mit ihm *vae victis* gerufen. Nach dem Friedensschluß begann sie alsbald einzulenken und mit den vollendeten Thatsachen sich zu befremden, und als es sich um die Allianzverträge handelte, fuhr ein nationaler Eifer in sie, der sie kaum zu unterscheiden schien von der deutschen Partei. Seitdem hat sie nun — immer in den Spuren der Regierung wandelnd — abermals einlenken müssen, und sie sucht sich jetzt haarscharf in der Mitte zu halten zwischen den Nationalen und zwischen den Particularisten, gegen beide polemisirend, ein echtes *Juste milieu*. Den Particularisten hält sie entgegen, daß man die Thatsache der Einigung Deutschlands unter Preußen aufrichtig hinnehmen und sich demgemäß auch an den Wahlen betheiligen müsse; den Nationalen gegenüber betont sie die Noth-

wendigkeit, jetzt innezuhalten, sie will die Selbständigkeit Württembergs nicht verlieren, sie rechnet — wie Varnbüler — aus, welche Mehrkosten dem Land aus dem Eintritt in den norddeutschen Bund erwachsen würden, und weist auf die abgesteckten Grenzen der Verträge. Und doch will sie sich auch weiteren Fortschritten auf dem Wege der Einigung nicht gerade entgegenstemmen, sie ist in ihrem Wahlaufruf in dieser Beziehung maßvoller und entgegenkommender, als die brüskten Erklärungen der Regierung. Nur werden diese Fortschritte von ihr selbst wieder auf eine Anzahl bestimmter Gegenstände eingeschränkt, nur sollen sie nicht durch Erweiterung der Zuständigkeit der Bundesorgane, sondern durch freie Verträge erzielt werden. Kurz, das Actenstück ist ziemlich blaß und verworren ausgefallen, der zweite Satz schränkt immer wieder ein, was der erste zugestanden, und deutlich ist nur der Ausdruck des Vertrauens auf die Regierung, nämlich auf die württembergische Regierung. Die Devise der Partei ist: nur immer langsam voran, oder, wie Varnbüler es ausgedrückt hat: wir gehen nicht mit, aber wir lassen uns schieben. Es ist von ihren Anhängern nie eine Initiative zu erwarten, aber auch kein ernsthafter Widerstand zu befürchten: sie sind jederzeit bereit, die vollendeten Thatfachen zu acclamiren. Wer sich schieben läßt, kommt schließlich auch zu Stelle. Ob es gerade die rühmlichste Fahrgelegenheit wird, ist eine andere Frage.

Daß nun eine solche Partei ihre Berechtigung in Schwaben hat, im jetzigen Uebergangsstadium der Stimmung, ist gar nicht zu leugnen. Eben diese abwartende, zweifelhafte Haltung, dieses halbwillige Zögern derer, die schließlich doch mitthun, ist weit verbreitet, und es wäre gar nicht zu wünschen, daß Abgeordnete aus ihren Reihen fehlen würden. Gerade diesen Elementen wird es überaus heilsam sein, in wirkliche Berührung mit dem Staatsleben der Nation zu kommen. Für sie insbesondere werden die Eindrücke maßgebend sein, die sie in der Bundeshauptstadt empfangen. Für sie ist das pädagogische Moment des Parlaments gar nicht zu unterschätzen. Dieses wird sich als eine Besserungsanstalt erweisen, in die man nur immer viele von diesen Halben und Zweifelhaften schicken mag.

Diese Partei der Mitte und der Mittelmäßigkeit ist aber, wie gesagt, nur in der Hauptstadt organisiert, wo sich ihr der ganze conservative und philisterhafte Troß einer hauptstädtischen Bevölkerung anschließt. In der Wahl des Abgeordneten der Stadt Stuttgart wird sich vor Allem ihr Programm zu messen haben mit dem der deutschen Partei. Auf dem Land dagegen hat sie keinen Einfluß; hier wird ihr die Agitation abgenommen von den Beamten der Regierung, die, ohne ein „liberales“ Programm zu bedürfen, ihren längst erprobten Einfluß auf die Wahlen auch diesmal bewahren werden. Der Bauer wählt im Allgemeinen so, wie sein Schultheiß ihn anweist, und der Schultheiß weist ihn an, wie er selbst vom Oberamtmann angewiesen wird. Das ist nun einmal so in unserem wohlregierten Eldorado. Wenn wir von Baiern lesen, daß dort z. B. in einem Bezirk sämtliche Ortsvorsteher sich einstimmig für die Candidatur Böcks ausgesprochen, so sind dies für uns rein ideale Zustände. Derlei Extravaganzen sind bei uns gar nicht denkbar, dafür sind unsere Schultheißen viel zu wohl-erzogen. Dieser Einfluß der Verwaltungshierarchie gibt der Regierung eine bedeutende Macht in die Hand, zumal Alles, was durch Natur und Erziehung particularistisch und preußensresserisch, alles was großdeutsch, östreichisch und ultramontan ist, dieser Seite zufallen muß.

Aber auch der nationalen Sache fehlt es nicht an kräftigen Bundesgenossen: es sind vor allem die großen Interessen des Verkehrs und des

Handels. Der Wahlmodus beruft Volksclassen zur Ausübung politischer Rechte, denen sie bisher entzogen waren. Daß diese der neuen Ordnung der Dinge darum nicht gram sind, begreift sich. Die Worte: deutsches Bürgerrecht, Freizügigkeit, Niederlassungsrecht sind für die Arbeiterbevölkerung nicht verloren. Steckt auch ein Theil unserer Arbeitervereine, wie sich denken läßt, noch in der unverstandenen Phraseologie der Volkspartei, so ist die nationale Richtung doch gerade in die bedeutenderen unwiderstehlich eingedrungen, und der größte und einflußreichste, der Stuttgarter Arbeiterbildungsverein, um den sich Volkswirthe wie Eduard Pfeifer und K. Steiner große Verdienste erworben haben, gehört ganz der nationalen Richtung an. Kaum hatte die Volkspartei ihr Verdict gegen die Wahlen erlassen, so faßte der genannte Verein den einstimmigen Beschluß, sich allerdings an den Wahlen zu betheiligen und zwar nur solchen Candidaten die Stimme zu geben, welche national gesinnt, für Ausdehnung der Competenz der Bundesorgane und für die freiheitlichen Grundzüge in Sachen der Volkswirthschaft und des Verkehrs wirken würden.

Auch von Seite des württembergischen Handelsvereins ist eine erfreuliche Kundgebung erfolgt. Obwohl eine eigentliche politische Parteinahme vermeidend, unterließ er es doch nicht, in seiner Erklärung als „selbstverständlich“ einfließen zu lassen, „daß nur solchen Männern ein Mandat übergeben werde, die sich der Neugestaltung der Dinge in Deutschland nicht widersprechend gegenüberstellen, dieselbe vielmehr als eine willkommene Grundlage betrachten zu einer segensreichen Fortentwicklung unserer Beziehungen zum Norden unsers Vaterlands.“ Und die Candidatenliste, die der Verein aufstellt, umfaßt, wenige ausgenommen, nur solche Namen, die gleichzeitig der deutschen Partei angehören oder ihr nahe stehen. Woher hätte er sie sonst auch nehmen können?

Die deutsche Partei endlich, die im Lauf des letzten Jahrs ihre Organisation über das ganze Land ausgedehnt, jedoch Mühe hat in die unteren Volksclassen zu dringen, hat zunächst ein Flugblatt im Lande verbreiten lassen, das die Bedeutung des Zollparlaments in wirthschaftlicher und nationaler Beziehung auseinanderlegt und zu eifriger Betheiligung an den Wahlen auffordert. Ihr Wahlprogramm wird in diesen Tagen erscheinen und außer von Mitgliedern der Parteiorganisation auch von andern ihr nahestehenden einflußreichen Namen, zumal aus der Handelswelt, unterzeichnet sein. Ist dann die Eintheilung der Wahlbezirke bekannt gemacht, mit welcher die Regierung auffallend lange zögert, so mag der Wahlkampf beginnen, über dessen Ausfall noch gar nichts bestimmtes sich voraussagen läßt, und in welchen die deutsche Partei mit nichts weniger als übermüthigen Hoffnungen eintritt, von dem sie sich aber auf alle Fälle eine günstige Rückwirkung auf das Land versprechen darf, dem nichts nöthiger ist, als daß es allmählich aus der dumpfen Enge eines abgesperrten Provinzialdaseins herausgehoben und mit den großen nationalen Interessen in Berührung gebracht werde. Unsere Hoffnung beruht weniger auf den Abgeordneten, die wir nach Berlin senden, als auf denen, die von Berlin zurückkehren werden.